

Niederschrift

zur 2. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 29. Februar 2024,
18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses in Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 19.40 Uhr

Vorsitz: Oberbürgermeister Reinwald
Bürgermeisterin Felden

Stadträte: Bader, Richard
Baumann, Ursula
Bortz, Holger
Frühwirt, Ralf
Hahn, Alexander
Hassenpflug, Christa
Kettenmann, Britta
Kurz, Mathias
Lindenbach, Bruno
Mühlbauer, Laura-Alina ab 18.45 Uhr
Niemzik, Julia
Reinig, Michael
Dr. Sandner, Peter
Schilling, Christine
Stern, Wolfgang
Unverfehrt, Dietrich
Werner, Lisa-Marie

Entschuldigt: Dr. Anselmann, Peter Urlaub
Feuchter, Klaus privat verhindert
Müller, Julia privat verhindert
Müller, Nathalie krank
Woesch, Rudolf krank

Als Gast: Gudat, Anne, Fa. Apontis

Von der Verwaltung: 1 Stadtoberverwaltungsrat Berggold
1.1 Stadtamtsrat Hildenbrand bis 18.45 Uhr
1.6 Angestellte Trautmann
2 Stadtoberverwaltungsrat Veith
3 Stadtoberverwaltungsrat Kucs
6 Stadtoberverwaltungsrat Gora
8 Angestellter Kuhn
Stadtforstamtmann Reinhard bis 19.00 Uhr
14 Stadtoberamtsrat Heinzmann

Stadtoberamtsrat Ullrich
Protokollführer

T A G E S O R D N U N G

zur 2. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 29. Februar 2024,
18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses in Leimen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|---|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 08/2024 |
| 4. | Zuwendungen
Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen
nach § 78 Abs. IV GemO | 09/2024 |
| 5. | Kindertagesstätten
Personalgewinnung | 10/2024 |
| 6. | Forst
Jagdangelegenheiten - Vergabe Jagdpachten | 11/2024 |
| 7. | Integration
Fortführung des Integrationsmanagements | 12/2024 |
| 8. | Ortsrecht
Erlass einer neuen Entschädigungssatzung | 13/2024 |
| 9. | Ortsrecht
Änderung zur Obdachlosensatzung | 14/2024 |
| 10. | NKHR-Eröffnungsbilanz
Behandlung geleisteter Zuschüsse in der Bilanz | 15/2024 |
| 11. | Straßen
Sanierung Beintweg | 16/2024 |
| 12. | Woba GmbH
Ausfallbürgschaft | 17/2024 |
| 13. | Verschiedenes | |

Oberbürgermeister Reinwald

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben. Er verliest vor Eintritt in die Sitzung eine gemeinsame Erklärung gegen Ausgrenzung und Diskriminierung (Anlage zum Protokoll).

1. Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald

ruft das Protokoll der Sitzung vom 18. Januar 2024 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Dr. Anselmann und Baumann. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Bortz und Hahn benannt.

3. Gemeinderat

08/2024

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

4. Zuwendungen

09/2024

Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Die Stadträte Dr. Sandner, Baumann, Hassenpflug, Kettenmann, Schilling sowie Bürgermeisterin Felden erklären sich für befangen und nehmen im Sitzungssaal Platz.

Oberbürgermeister Reinwald
verliest die Spenden.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Zuwendungen)

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

5. Kindertagesstätten Personalgewinnung

10/2024

Oberbürgermeister Reinwald

berichtet über den Sachstand und dankt der Fa. Apontis für die gute Zusammenarbeit. Die Kräfte würden gebraucht, denn es gebe nach wie vor in diesem Bereich eine hohe Fluktuation.

Stadträtin Baumann

berichtet, dass man in ihrer Fraktion intensiv über diese Frage diskutiert habe. Der Markt sei leergefegt, die Situation dramatisch. Da der bisherige Eindruck gut sei, solle die Maßnahme fortgesetzt werden.

Stadtrat Bader

betont, dass es nach wie vor Personalengpässe gebe, man solle das Angebot trotz der vorhandenen Risiken daher annehmen.

Stadtrat Frühwirt

schließt sich dem Gesagten an. Er fragt aber, in wie weit sich die Stadt auch um die neuen Kolleginnen und Kollegen kümmert.

Oberbürgermeister Reinwald

entgegnet, dass man sich dieses Problems bewusst sei und man tue alles, um es den „Neuen“ so angenehm wie möglich zu machen. So sei man bei der Wohnungssuche behilflich gewesen und habe sowohl Mentoren als auch Ansprechpartner.

Frau Gudat

erläutert diese Situation, Apontis stehe hier in der Verantwortung. Man begleite die Kollegen andauernd, da man hier bereits große Erfahrung habe.

Stadträtin Mühlbauer nimmt ab 18.45 Uhr an der Sitzung teil.

Stadtrat Hahn

beschreibt die Situation in anderen Kommunen als teilweise noch schlechter, daher seien kreative Lösungen gefragt. Er bittet darum, regelmäßig über den aktuellen Sachstand zu unterrichten und auf die Situation in den Kindergärten zu achten.

Stadtrat Kurz

stimmt im Namen seiner Fraktion der Vorlage zu.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Kindertagesstätten)

1. Die nochmalige Beauftragung der Firma Apontis, Gesellschaft für Personaldienstleistungen im Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft, im Umfang von rund 91.200 € entsprechend dem vorgelegten Angebot für die Gewinnung von zehn pädagogischen Fachkräften wird beschlossen.
2. Die Haushaltsmittel in Höhe von 91.200 € werden im Haushalt 2025 bereitgestellt.

6. Forst
Jagdangelegenheiten - Vergabe Jagdpachten

11/2024

Oberbürgermeister Reinwald
schildert den Sachverhalt.

Stadtrat Bader
stimmt der Vorlage zu, alle gestellten Bedingungen seien erfüllt.

Stadtrat Unverfehrt
betont, dass man die Vorlage ausführlich beraten habe, seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat Bortz
berichtet von der vielen Arbeit, die in den Vorgesprächen abgearbeitet wurde und freut sich über die Vergabe von Begehungsscheinen in St. Ilgen.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Forst)

1. Die Vergabe der Jagdpacht Gauangelloch ab 1. April 2024 erfolgt für sechs Jahre an Herrn Klaus Kailer.
2. Die Vergabe der Jagdpacht Ochsenbach ab 1. April 2024 erfolgt für sechs Jahre an die Herren Dr. Steffen Thier und Alfred Stather.
3. Mit der Jagdpacht St. Ilgen werden ab 1. April 2024 Begehungsscheininhaber beauftragt.
4. Mit der Jagdpacht Leimen werden wie bisher Begehungsscheininhaber beauftragt.

7. Integration
Fortführung des Integrationsmanagements

12/2024

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert die Vorlage.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Integration)

Das Integrationsmanagement wird mit einer Fehlbedarfsfinanzierung bis 31. Dezember 2024 verlängert.

8. Ortsrecht
Erlass einer neuen Entschädigungssatzung

13/2024

Oberbürgermeister Reinwald
erläutert die Vorlage. Die Sätze bestünden unverändert seit 2018 und sollten daher für den neuen Gemeinderat angepasst werden.

Stadtrat Hahn

weist darauf hin, dass der Gemeinderat in den Vorberatungen sogar weitergehende Vorschläge der Verwaltung abgelehnt habe. Umgerechnet sei es nur ein geringer Stundensatz. Wichtig sei, dass nun auch der Jugendgemeinderat berücksichtigt werde.

Stadtrat Unverfehrt

hält die Erhöhung für angemessen und moderat, der Jugendgemeinderat werde nun ebenfalls damit aufgewertet.

Stadtrat Frühwirt

hält die Erhöhung für nicht zu hoch und freut sich über die dadurch erfolgte Aufwertung des Jugendgemeinderats.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Ortsrecht)

1. Der neugefassten Entschädigungssatzung wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird mit der Ausfertigung der Entschädigungssatzung beauftragt.
3. Die neugefasste Entschädigungssatzung tritt zum 1. Juli 2024 in Kraft.
4. Die bisherige Entschädigungssatzung vom 25. Januar 2018 mit allen Änderungen tritt am Tage nach der Bekanntgabe der neuen Satzung außer Kraft.

9. Ortsrecht
Änderung zur Obdachlosensatzung

14/2024

Oberbürgermeister Reinwald
schildert kurz noch einmal den Sachverhalt.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Ortsrecht)

1. Der Änderungssatzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften inklusive der Anlage zu § 14 der Satzung wird zugestimmt.
2. Die Änderungssatzung inklusive der Anlage zu § 14 der Satzung wird auf der Grundlage des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und der §§ 2 und 13 des Kommunalabgabengesetzes beschlossen.
3. Die Verwaltung wird mit der Ausfertigung der Satzung beauftragt.
4. Die Änderungssatzung inklusive der Anlage zu § 14 der Satzung tritt am 1. März 2024 in Kraft.
5. Gleichzeitig tritt die Anlage zur Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 1. Dezember 2023, gültig ab 1. Januar 2024, veröffentlicht am 1. Dezember 2023 auf der Homepage der Großen Kreisstadt Leimen außer Kraft.

10. NKHR-Eröffnungsbilanz
Behandlung geleisteter Zuschüsse in der Bilanz

15/2024

Stadtoberverwaltungsrat Veith
erklärt die Hintergründe. Das geplante Vorhaben sei sehr umständlich, daher schlage man vor, darauf zu verzichten, zumal der Aufwand zu hoch sei.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: NKHR-Eröffnungsbilanz)

Der Gemeinderat entscheidet gem. der Vereinfachungsregel in § 62 Abs. 6 GemHVO auf den Ansatz früherer geleisteter Investitionszuschüsse in der Eröffnungsbilanz zu verzichten.

11. Straßen

16/2024

Sanierung Beintweg

Oberbürgermeister Reinwald schildert die Sachlage.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Straßen)

1. Der Durchführung der Baumaßnahme „Sanierung Beintweg“ Straßenbau wird zugestimmt (Baubeschluss).
2. Das Bauamt wird ermächtigt, den Auftrag für die Baumaßnahme an die Firma Häußler & Boileau zu vergeben.
3. Die Bauausgaben werden über die Haushaltsstelle I54100200203 Ferdinand-Langer-Strasse sowie Mehreinnahmen beim Friedrich-Fröbel-Kindergarten gedeckt.

12. Woba GmbH

17/2024

Ausfallbürgschaft

Oberbürgermeister Reinwald und Bürgermeisterin Felden erklären sich für befangen, die Sitzungsleitung übernimmt Stadtrat Bader.

Stadtrat Bader teilt den Sachverhalt mit.

Stadtrat Frühwirt betont, dass die Wohnungen gebraucht würden und möchte wissen, wie die Finanzierung zustande kam.

Die Antwort wird nachgereicht.

Stadtrat Unverfehrt begrüßt den geplanten Bau, die Wohnungen würden gebraucht.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Woba GmbH)

Der Erhöhung der Ausfallbürgschaft der Stadt Leimen, zugunsten der Städtischen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft mbH Leimen, auf 1.500.000 € wird – vorbehaltlich der Genehmigung des Regierungspräsidiums – zugestimmt.

Oberbürgermeister Reinwald übernimmt m 19.15 Uhr wieder die Sitzungsleitung.

13. Verschiedenes

Oberbürgermeister Reinwald

gibt bekannt, dass er bei der für Sonntag, den 10. März stattfindenden Demonstration keine Ansprache halten werde, da er sich als Vorsitzender des Gemeindevwahlausschusses neutral verhalten müsse. Er betont aber ausdrücklich, dass er sich mit den Zielen der Demonstration solidarisiere und sie für richtig halte.

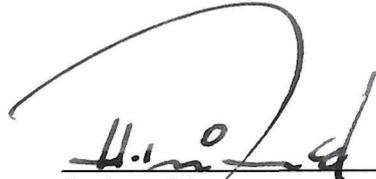
Folgende weitere Punkte werden von Seiten der Gemeinderäte angesprochen:

- der Fuß- und Radweg vor der Vinothek im Stralsunder Ring werde immer wieder durch parkende Autos blockiert
- die Frage nach anzubringenden Bannern an den Ortseingangsschildern
- der Sommertagszug 2024 findet wie in den Vorjahren statt, auf einen vorliegenden Schriftwechsel wird verwiesen
- die Kernzeitbetreuung in der Turmschule ist hinsichtlich der Aufteilung der Schülerzahl zu prüfen. Hier wurde bereits Kontakt mit der Schulleitung aufgenommen, um eine praktikable Lösung zu finden
- ein Jagdpächter verweigert den Begleichung eines Wildschadens, hier wird auf den Klageweg verwiesen
- hinsichtlich der eingangs verlesenen gemeinsamen Resolution wird gebeten, die darin gestellten Forderungen auch beim internen Verkehr des Gemeinderats zu beachten
- mit der Ausbaggerung des Sediments im Leimbach wird noch im März begonnen

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 19.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

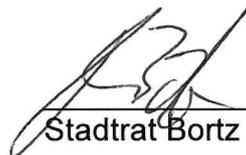


Ullrich
Protokollführer

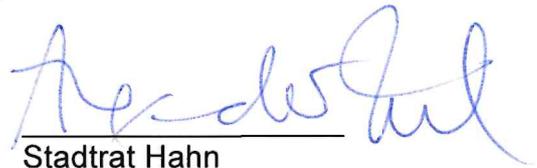


Reinwald
Oberbürgermeister

Urkundspersonen.



Stadtrat Bortz



Stadtrat Hahn

Anlage:

Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung Leimener Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt

Unsere Stadt ist geprägt von einem Zusammenleben im Geist der Offenheit und der Verständigung. Dieses Selbstverständnis gilt es zu bewahren und aktiv fortzuschreiben. Auf der Grundlage jener weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen, die für die Würde, das Wohl, die Achtung und die Freiheit eines jeden Menschen einstehen, besteht die Verpflichtung, ein gelingendes Zusammenleben in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft zu gestalten.

Deshalb stellt sich der Leimener Gemeinderat geschlossen gegen jede Art von Ausgrenzung und Diskriminierung, sei es wegen ethnischer Zugehörigkeit, Herkunft, Nationalität, Religion, Alter, Geschlecht, Aussehen, Einschränkung, Lebensstil oder Weltanschauung. Gerade die Vielfalt bereichert unsere Gesellschaft! Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung respektiert uneingeschränkt die Würde jedes Menschen.

Das Zusammenleben in unserer städtischen Gemeinschaft bedarf der Pflege, der Fürsorge und des Engagements aller gesellschaftlichen Kräfte. Wir wollen einen Beitrag leisten für eine Stadtgesellschaft, die von Inklusion und Solidarität geprägt ist. Niemand darf insbesondere aufgrund der sozialen oder ethnischen Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts, der geistigen, psychischen oder körperlichen Fähigkeiten, des Alters, der sexuellen oder geschlechtlichen Identität, der Religion oder Weltanschauung herabgewürdigt oder diskriminiert werden.

Demokratie lebt von verschiedenen Meinungen, vom Diskurs über die richtigen Antworten und von der Kompromissbereitschaft. Verkürzte Sichtweisen und scheinbar einfache Antworten versperren den Weg zu gemeinsamen Lösungen. Nationalistisches Denken führt in die Isolation, wirtschaftlichen Abschwung und letztendlich in die Bedeutungslosigkeit. Wir widersetzen uns Ausgrenzung, Diskriminierung und der Unterwanderung durch nationalistische und völkische Ideologien. Auch diese führten zu zwei Weltkriegen.

Schützen wir gemeinsam unsere Freiheit und unsere Werteordnung!
Verteidigen wir unsere im Grundgesetz verankerten Rechte und Regeln!